

Sehr geehrter Herr Wunderlich, hiermit komme ich der Bitte nach, dieses Dokument Ihnen nochmals zuzuleiten. Bielefeld 09.07.2019 Joachim Baum

Arbeitsgruppe Recht – Psychiatrie - Missbrauch

c/o Brigitte Schneider
Karl - Tauchnitz - Straße 17/079, 04107 Leipzig
Telefon 0341 247 61 42
email: arbeitsgruppe1jv@gmail.com

Herrn
J. Wunderlich
- Staatsanwalt -
- MdB 2005-2017 -
- seit 2004 Kreisrat Chemnitzer Land -
- seit 2014 Stadtrat Limbach – Oberfrohna -
- Parteimitgliedschaft seit 1999, Nachfolgeparteien der SED -
Gerichtsstraße 2
Staatsanwaltschaft Chemnitz

09112 Chemnitz

07.07.2019

30 Jahre Mauerfall
30 Jahre Verfolgungsmechanismen wie in der ehemaligen DDR

unser Az: FE-W-AHKP 3/19

**Anklageschrift – Ihre Antragstellungen Antragstellungen vom 02.04.2019,
Stigmatisierungen – wie in der ehemaligen DDR. angebliche Ermittlungsergebnisse – Vorwürfe**

Beschuldigter Herr Frank Engelen

Ihr Aktenzeichen: **560 Js 38037/18**

Az: Landgericht Leipzig: 5 KLS 560/19

- angebliche "Kindesentziehung" § 235 Abs.1 StGB zum angeblichen Nachteil – hier von Dave Möbius
- angebliche "Fluchtgefahr" von Herrn Engelen
- Anregung einer Begutachtung von Herrn Engelen – mit dem Versuch einer Unterbringung in eine psychiatrischen Klinik zu erreichen

Guten Tag Herr Wunderlich,

Sie beantragten gegenüber dem Ermittlungsrichter am 04.04.2019 - vor der Vernehmung der Unterzeichnerin am 15.05.2019 einen Haftbefehl für Herrn F. Engelen.

Angeblich solle "Fluchtgefahr" bestehen. Dabei stützen Sie sich auf Aussagen von Polizeiangehörigen.

Ausserdem beantragten Sie, Herrn Engelen hinsichtlich seiner "Haftfähigkeit" begutachten zu lassen.

In diesem Zusammenhang weisen wir, insbesondere die Unterzeichnerin - auf die bisher nicht aufgearbeitete Vergangenheit aus DDR Zeiten - zu der sich auch Die Linke als Nachfolgepartei der Nachfolgeparteien der SED verschloss, hin.

Diese Art und Weise erinnert viele DDR Betroffene zu ähnlichen Kindstraumatisierungen I. V. m. staatlichen Hinnehmern der Zerstörung normaler Persönlichkeitsentwicklungen, wie - nicht nur im vorliegenden Fall aktenkundig festgestellt werden musste.

Die erst 1992 unterzeichnete Kinderrechtskonvention spielt offensichtlich für angeblich das Kindeswohl schützende Staatsdiener einschließlich beteiligter Organisationen – wobei es Ausnahmen durchaus gibt keine Rolle. DDR lässt grüssen. Der Vergleich ist gerade im Jahr 30 vom Mauerfall statthaft und notwendig. Staatlicher Gewalt bzw. Amtshilfemissbrauch -wie sie - nachweislich - so nicht einmal in der DDR vollzogen wurde, wie in den letzten 20 Jahren, muss entgegengewirkt werden.

Die seit 30 Jahren fehlende Wahrheitsaufklärung von Juristen der Staatsanwaltschaft z. B. der Sonderabteilung SED Unrecht und Rehabilitierungssenaten trug zumindest dazu bei.

Dazu gibt es umfangreiche Dokumente und Nachweise - wie DDR Verfolgte -zu weiteren Opfern machte - wie in den Fällen von Claudia May (Thüringen), Adam Lauks (Berlin), Lothar Tiedke von Koß (Mecklenburg-Vorpommern), Rudi Gerhard (Brandenburg) ... und die Unterzeichnerin selbst. Wie nach 1945 wurden DDR Betroffene erneut Opfer, weil u.a. Nachweislich unrichtige ein falsches Bild vermittelnde Daten genutzt, verarbeitet, erhoben, übermittelt wurde, Zeugen nicht angehört bzw. nicht akzeptiert wurden.

Den Verdacht, dass Herr Engelen, welcher - wie viele weitere Initiativen – nachweisbare unglaubliche Umgehensweisen, die gegen die Kinderrechtskonvention, eindeutig verstoßen aufklären wollen – mit uns bekannten Mitteln mundtot gemacht werden soll – wie öffentlich angenommen wird – können nur Sie mit Ihren Kollegen ausräumen.

Deshalb fordern wir - mit Bezug auf den Schriftsatz vom 15.09.2015

- ziehen Sie Ihre Anträge zurück,
- geben Sie Herrn Engelen die Freiheit und damit Dave Möbius wieder,
- wenden Sie das Organisationsstatut der Staatsanwaltschaften Sachsens - § 9 - an, weil u.a. - wie Ihnen bekannt öffentliches Interesse besteht-schließlich geht es um einen Minderjährigen, dessen Persönlichkeitsentwicklung geschädigt wurde – länderübergreifend.
- tragen Sie als Mitglied der Partei Die Linke dazu bei, dass die seit langem auch Ihrer Partei bekannten Praktiken lückenlos - zu allen bekannten Fällen - aufgeklärt werden.

Abschließend verweisen wir auf die Darlegungen von Herrn Baum an Sie Ihrer Rückantwort sehen wir zeitnah entgegen.

Mit besorgten Grüßen
für die AG



B. Schneider
13.08.1982 bei der Staatssicherheit der ehemaligen DDR erfasst

nachrichtlich: Frau Staatssekretärin A. Franke
Herrn Ministerpräsident Kretzschmer